

Hansrudolf Kamer

Globalpolitische Aspekte der westlichen Zentralasienpolitik

In der westlichen Politik, sofern und soweit es sie gibt, nimmt Zentralasien einen bescheidenen Raum ein. Es ist ein sekundärer Schauplatz, der allerdings durch den Krieg in Afghanistan und die selbst gewählten Unsicherheiten bei der Energieversorgung vor allem Europas eine gewisse Bedeutung erlangt hat. Eine Rangordnung der strategischen Probleme des Westens, in der Zentralasien einen bestimmten Platz einnimmt, gibt es wohl nicht. Die Politik des Westens entwickelt sich durch die Ereignisse, wie es der ehemalige britische Premierminister Macmillan¹ treffend gesagt hat.

In Zentralasien spielt die Konkurrenz der westlichen Staaten untereinander und mit Russland eine Rolle. Wenn Moskau versucht, seinen Einfluss in den ehemaligen Republiken der UdSSR zu erhöhen, so trifft das einerseits auf den Widerstand in diesen Republiken selbst. Diese haben sehr gut gelernt, wie man Konkurrenten gegeneinander ausspielt. Das russische Bestreben, die eigene Interessensphäre auszudehnen, stößt aber auch auf Widerstand im Westen. Nicht sehr energischen, aber doch spürbaren.

Wie sich die Administration Obama wirklich zum westlichen Engagement stellt – sie will ja die Beziehungen zu Moskau verbessern – ist durchaus offen. Auch die EU versucht, ihren Einfluss zu erhöhen. Doch hinter den grandiosen Reden über eine Partnerschaft und eine Vielzahl von einzelnen Programmen steht doch eine eher bescheidene Wirklichkeit, vor allem wenn globalpolitische Dimensionen als Referenzrahmen dienen.

Der Konkurrenzkampf mit dem Westen um Einfluss sollte eigentlich für Moskau sehr viel leichter sein. Die materiellen Vorteile und auch immaterielle liegen alle auf russischer Seite. Größe, Ressourcen, Manövrierraum, die Möglichkeiten einer wohldurchdachten Strategie, die man dann auch längere Zeit durchhalten könnte, sprechen alle dafür. Dazu kommt auch die Tatsache, dass Russland eine Militärpräsenz in diesem Raum entweder immer noch unterhält und diese erhöhen könnte, oder aber sehr schnell

1 Nigel Fisher, Harold Macmillan, Weidenfeld and Nicolson, London 1982.

Kräfte dislozieren könnte.² Die russische Sprache ist die Lingua franca in Zentralasien, große Teile der Bevölkerungen beziehen ihre Nachrichten aus russischen Medien. Russland kann Hilfe anbieten bei Wahlen, polizeiliche und finanzielle, den Machthabern Unterstützung für die Erhaltung ihrer Macht anbieten, auch wirtschaftliche Unterstützung. Es hat keine Hemmungen bezüglich demokratischer und menschenrechtlicher Unzulänglichkeiten in einigen dieser Länder. Und doch: die Vergangenheit spricht eher gegen Russland. Auch der Selbstständigkeitswillen der meisten zentralasiatischen Republiken ist wach und äußert sich in einem Spiel zwischen Ost und West, die gegeneinander ausgespielt werden.

Folgende Punkte sind globalpolitisch relevant:

- die amerikanische Strategie, insbesondere die Verlagerung aus dem Irak nach Afghanistan;
- das Verhältnis zu Russland;
- der Krieg gegen den Terrorismus und was von ihm übrig geblieben ist;
- Konklusion: Wie lange hält der Westen durch und was sind die Folgen?

Obamas Verlagerungsstrategie: Vom Irak nach Afghanistan

Als Folge des amerikanischen Wahlkampfes 2008 und angesichts der wie es scheint wachsenden Schlagkraft der islamistischen Aufständischen und auch der Taliban in Afghanistan hat die Administration Obama in Washington die Stabilisierung des Landes zur außenpolitischen Priorität erhoben. Sie beabsichtigt, das dort stationierte US-Kontingent zunächst um 17.000 auf insgesamt 55.000 amerikanische Soldaten aufzustocken. Ob die Erhöhung ausreicht, um die Taliban aus den umkämpften Gebieten zu vertreiben und Afghanistan zu stabilisieren, ist umstritten. In jedem Fall aber setzt eine Truppenverstärkung eine adäquate Logistik für die Versorgung voraus. Und hier spielen Russland und die zentralasiatischen Republiken eine wichtige Rolle.³

Für Präsident Obama ist der Krieg am Hindukusch eine der wichtigeren außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, nicht die wichtigste, aber doch eine prominente, die in den Medien breitgeschlagen wird. Unter dem Oberkommando General McChrystals, den Obama selbst einsetzte, um

2 Russland und Usbekistan, SWP Diskussionspapier, Februar 2008.

3 Planspiele am Hindukusch, SWP-Aktuell, Februar 2009.

einen Wechsel der Strategie zu unterstreichen, bringen die amerikanischen Truppen jetzt auch am Hindukusch das im Irak unter General Petraeus erfolgreiche Vorgehen im Kampf gegen Aufständische in Anwendung. Die Tendenz ist: Mit mehr eigenen Soldaten die Bevölkerung dort schützen, wo sie lebt, bis die heimischen Sicherheitskräfte für Recht und Ordnung sorgen können. Und das heißt neben anderem auch, die eigenen Soldaten höheren Risiken auszusetzen. „Force protection“ als höchste Priorität ist nicht mehr *en vogue*. Auch in Amerika zeigt die Popularitätskurve der öffentlichen Zustimmung zum Afghanistan-Engagement nach unten. Dass hier Republikaner den Demokraten einiges heimzahlen wollen für deren Heckenschützentum beim Thema Irak-Krieg, gehört ins Bild und ist natürlich nicht in erster Linie von strategischen Erwägungen motiviert.

Die Administration Obama hat vor Kurzem ihre auf sechzig Tage angesetzte große Überprüfung der Politik gegenüber Afghanistan und Pakistan auf Beamtenebene abgeschlossen.⁴ Solche Übungen dienen dazu, die neue Mannschaft zusammenzubringen und auf eine Strategie zu verpflichten, auch wenn diese nicht unbedingt große Unterschiede zur vorangegangenen aufweist. Anschließend wurde auf politischer Ebene um das Ergebnis gerungen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Textes war das Schlussresultat nicht klar.

Obama selbst formulierte die Ziele wie folgt: Das Hauptziel Amerikas ist, die Organisation der Qaida zu zerschlagen und zu besiegen. Das gilt auch für ihre Rückzugsgebiete in Pakistan. Verhindert werden muss die Rückkehr der Qaida nach Pakistan und Afghanistan. Amerika wird sein Ziel mit folgenden Mitteln zu erreichen suchen (immer nach Obama):

1. Terroristen-Netze, die befähigt sind, Anschläge auf internationaler Ebene auszuführen, müssen zerschlagen werden.
2. Eine fähigere, verantwortungsvolle und effizientere Regierung in Afghanistan wird gefördert.
3. Die afghanischen Sicherheitskräfte sollen zunehmend unabhängig und auf sich allein gestellt werden.
4. Pakistan soll dahin gebracht werden, dass seine Regierung größerer ziviler Kontrolle untersteht und auf stabiler Verfassungsgrundlage operiert.
5. Die „internationale Gemeinschaft“ – Obama gebraucht regelmäßig diesen Euphemismus – soll helfen, diese Ziele unter UNO-Auspizien zu erreichen.

4 Steven Simon, Can the right war be won?, in: Foreign Affairs July/August 2009.

Wichtigste Begründung dieser Strategie ist laut Obama, dass er die „afghanischen Turbulenzen“ unter Kontrolle bringen und eindämmen möchte, um ein nukleares 9/11 zu verhindern. Die Bestimmtheit dieser Aussage ist Obamas Wortwahl.

Die Wirklichkeit ist komplizierter. Pakistan steht aus westlicher Sicht schon seit Jahren am Abgrund und hat sich dennoch immer wieder behauptet. Die Nuklearwaffen unterstehen zentraler Kontrolle durch die Streitkräfte – nicht der Regierung. Was geschehen würde, sollten in Islamabad plötzlich die Taliban oder ein ähnliches Regime die Macht übernehmen, weiß niemand. Die pakistanische Armee ist aber immer noch ein Faktor, mit dem gerechnet werden sollte, in jeder Hinsicht. Sie ist nicht zuletzt ein Ordnungsfaktor in einem Land, in dem die zivilen Politiker sich nicht durch ausgeprägtes Verantwortungsgefühl auszeichnen.

Obwohl die Administration Obama die Zahl der Truppen in Afghanistan bereits erhöht hat, verlangt die militärische Führung – General McChrystal hat hier die Vorgaben seines Vorgängers McKiernan übernommen – nach noch mehr, und zwar beträchtlich mehr. Die europäischen Partner halten sich zurück, auch die Briten, möchten aber gerne mehr mitreden und mitentscheiden. Da Obama es nicht auf verschärfte transatlantische Spannungen ankommen lassen möchte, er will sich ja vom Vorgänger unterscheiden, wird er diese europäischen Widersprüche, so gut es eben geht, solange wie möglich ertragen.

Im US-Bundeshaushalt reflektiert sich die Verlagerung aus dem Irak nach Afghanistan wie folgt: Die jährlichen Ausgaben für Afghanistan werden bereits im Budgetjahr 2010, das vor Kurzem begonnen hat, jene im Irak übersteigen. Das sind 65 gegen 61 Mrd. Dollar. Innerhalb dieses Budgets steigen nicht nur die militärischen, sondern auch die zivilen Ausgaben, etwa für allgemeine Wirtschaftshilfe, aber auch für die Diplomatie und den technischen Beistand.

Wie sich die Verlagerungsstrategie Irak-Afghanistan generell auswirken wird, wird sich zeigen. Sie ist jedenfalls geeignet, in den USA wachsenden Widerstand hervorzurufen und die Spannungen in der Allianz zu erhöhen. Was aber wäre die Alternative? Eine realistische ist nicht in Sicht.

Das Verhältnis zu Russland

Das amerikanisch-russische Verhältnis hat nicht mehr jene Bedeutung wie zu Zeiten des Kalten Kriegs, ist aber dennoch immer noch von Gewicht.